

Aus der Praxis geplaudert – Erfahrungen aus Schleswig Holstein

Jörn Fröhlich

*Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume
Abteilung Geologie und Boden, Dezernat Boden
Hamburger Chaussee 25
24220 Flintbek*

Gliederung

1. Einführung
2. Auf- und Einbringen von Materialien in der Vollzugspraxis
3. Bodenkundliche Baubegleitung – Erfahrungen
4. Bodenschutz in der Landwirtschaft
5. Schlussfolgerungen für den Gesetzgeber



1. Einführung

Bodenschutzbehörden in Schleswig-Holstein

oberste Bodenschutzbehörde
Ministerium für Energiewende,
Klimaschutz, Umwelt und Natur
Fachaufsicht

Landwirtschaftskammer

Landwirtschaftliche Fachbehörde
und Beratungsstelle

obere Bodenschutzbehörde
Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume
zuständig für

1. Boden-/ Altlasteninformationssystem
2. Wahrnehmung übergeordneter wissenschaftlicher Aufgaben des Bodenschutzes und der Altlasten-bearbeitung und der entsprechenden Beratung anderer Behörden.

untere

Bodenschutzbehörde

Kreise und kreisfreien Städte
zuständig für

soweit nichts anderes bestimmt ist,
zuständig für die Durchführung des
BBodSchG, des LBodSchG und der
aufgrund dieser Gesetze erlassenen
Verordnungen



2. Auf- und Einbringen von Materialien in der Vollzugspraxis

- Vollzugshilfe zu § 12 BBodSchV
- Erlass "Anforderungen an den Abbau oberflächennaher Bodenschätze und die Verfüllung von Abgrabungen"
- Informationsblatt "Verwendung von torfhaltigen Materialien aus Sicht des Bodenschutzes"
- Merkblatt "Sulfatsaure Böden in Schleswig-Holstein - Verbreitung und Handlungsempfehlung"
- Merkblatt "Hinweise zur Entsorgung von Bohrgut"
- FAQ Sandfänge - Umgang mit Material aus naturnahen Sandfängen
- Entscheidungshilfe für die landwirtschaftliche Verwertung von Bodenmaterial (AG "Bodenverwertung in der Landwirtschaft" des LKT)
- Hinweiskarten zur Umsetzung von § 12 Abs. 8 BBodSchV
- Merkblatt „Hinweise zur Entsorgung von Schlämmen aus Regenrückhaltebecken, Regenklär- und Feuerlöschteichen sowie ähnlichen Anfallstellen“
- Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen: Teil II: Technische Regeln für die Verwertung 1.2 Bodenmaterial (TR Boden)



2. Auf- und Einbringen von Materialien in der Vollzugspraxis

Untere Bodenschutzbehörde

WAS SIE WISSEN SOLLTEN

Der Boden ist eine unverzichtbare Lebensgrundlage für Natur und Gesellschaft, deren Entwicklung und nachhaltige Nutzbarkeit.

Boden ist nicht vermehrbar und verfügt über eine nur begrenzte Belastbarkeit. Einmal geschädigter Boden erneuert und erholt sich - wenn überhaupt - nur sehr langsam. Bedrohliche Gefahren können sich aus einer schleichenden Anreicherung umweltgefährdender Stoffe im Boden ergeben.

Neben Wasser und Luft ist auch der Schutz des Bodens als weiteres Objekt des Umweltschutzes rechtlich festgelegt worden. Bei allen Einwirkungen auf den Boden ist der Vorsorge-Grundsatz des sparsamen und schonenden Umganges mit Grund und Boden zu beachten, um die natürlichen Bodenfunktionen in ausreichendem Maß zu erhalten. Schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten sind zu sanieren. So kann gleichzeitig die Vielfalt der Nutzungsmöglichkeiten für kommende Generationen bewahrt werden.



AKTUELLES

Boden des Jahres

Pelosol wurde zum Boden des Jahres 2022 gewählt.

Pelosole gelten als „Minutenböden“, die nur in einem engen Zeitraum mit günstiger Bodenfeuchte bearbeitet werden können.

Bei Austrocknung bilden sich tiefe Schrumpfrisse.

[Flyer Boden des Jahres](#)



Verwertung von humosem Oberboden aus Baumaßnahmen

Die korrekte Trennung und Deklaration der Aushubmaterialien im Rahmen von



TÄTIGKEITSBEREICHE

2. Auf- und Einbringen von Materialien in der Vollzugspraxis

SANIERUNG VON SCHÄDLICHEN BODENVERÄNDERUNGEN ▼

BODENSCHUTZ BEIM BAUEN ▼

VORSORGENDER BODENSCHUTZ ▼

AUFSCHÜTTUNGEN / HERSTELLUNG EINER DURCHWURZELBAREN BODENSCHICHT ▲


Aufschüttung / Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht

Humoser Oberboden steht nach § 202 BauGB unter besonderem Schutz und ist in gleicher Funktion wieder zu verwenden. Hierzu ist er im Auftrag der Bauherrschaft nach den Vorsorgewerten der BBodSchV zuzügl. Arsen und TOC zu untersuchen.

Das Material ist auf der Baustelle getrennt auszubauen, zu lagern und abzufahren.

Im Rahmen einer Baumaßnahme ist gegebenenfalls zu prüfen, ob der gesamte humose Oberboden von der Baustelle abgefahren werden soll, oder aus Gründen der Kostenersparnis ein Teil zur späteren Anlage der Grünflächen auf dem Gelände verbleiben kann.

Gerne unterstützt die untere Bodenschutzbehörde bei der Suche nach einer geeigneten Verwertungsmöglichkeit.

Ansprechpartner	Zuständigkeitsbereich	Downloads / Links
	gesamtes Kreisgebiet	Antragsformular-Aufschüttung

EINZELFALLGENEHMIGUNGEN ZUR VERFÜLLUNG VON ABGRABUNGEN ▼


BBodSchG Vorsorgepflicht).

Der humose Oberboden muss getrennt vom übrigen Material abgenommen, gelagert und wiederverwendet werden.

Nähere Informationen unter -Aufschüttungen / Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht.



2. Auf- und Einbringen von Materialien in der Vollzugspraxis



Antrag auf Zulassung eines genehmigten Auf- und Einbringens von Materialien in der Vollzugspraxis

Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat
Untere Naturschutzbehörde
Kaiserstraße 8
24768 Rendsburg

1. Antragsteller/in

Vorname, Name _____
Firma _____
Straße, Hausnummer _____
PLZ, Ort _____
Telefon / Fax _____
E-Mail _____

Eingriffsort: Gemeinde _____
Flur _____

2. Beschreibung und Begründung des Vorhabens

vorgesehene Auf- / Einbringungsmenge: _____
vorgesehener Durchführungszeitraum: _____

☐ Auf- und Einbringen auf landwirtschaftliche Fläche (z.B. Auffüllung von Senken)

3. Angaben zum beabsichtigten Ausgleich

Der gesetzlich geforderte Ausgleich wird erreicht durch:

☐ Ausgleichsmaßnahme, und zwar _____

☐ Inanspruchnahme eines Ökokontos

Betreiber des Ökokontos: _____

Name des Ökokontos: _____

☐ Ersatzzahlung

4. Erforderliche Unterlagen

4.1 Lageplan (Maßstab: 1:5.000), in dem _____

4.2 Detailkarte (Maßstab 1:1.000), in der _____

4.3 ggf. Nachweis der Verfügungsberechtigung _____

4.4 Einverständnis der betroffenen Gemeinde _____

Angaben zur Zulässigkeit der Maßnahme

5. Art der Maßnahme

5.1 Auf- und Einbringen von Material

☐ Garten- und Landschaftsbau (z.B. _____)

☐ Auf- und Einbringen auf landwirtschaftliche Fläche (Bodenverbesserung)

☐ Verwertung von Bankettschlämme

☐ Sonstiges: _____

5.2 Herstellen einer durchwurzelten Begrünung

☐ Begrünung von technischen Bauwerken

☐ Begrünung von sonstigen Aufbauten

☐ Abgrabungsrekultivierung (z.B. _____)

☐ Herstellung im Garten- und Landschaftsbau

☐ Golfplatzbau

☐ Rasensportanlage

☐ Bauvorhaben/Wohngebiete

☐ Sonstiges: _____

6. Angaben zur Herkunft und zur Herkunftsort

6.1 Angaben zum Herkunftsort*

Ort: _____ Gemarkung: _____

Straße und Hausnr.: _____

→ Übersichtskarte und Lageplan (Maßstab 1:5.000)

6.2 Vermutung am Herkunftsort

☐ Acker ☐ Grünland ☐ Wald

☐ Kinderspielfeld ☐ Wohngebiet

☐ Ödland / Brachfläche ☐ Übersiedlungsfläche

☐ Sonstiges: _____

Nutzungszeitraum (soweit bekannt): _____

6.3 Anhaltspunkte für die Untersuchung

→ Untersuchungsbedarf

☐ Böden in Gewerbe- und Industriearealen

☐ Oberböden (bei auf industriell geprägten Gelände)

☐ Alllastverdächtige Flächen (Grundwasserschadensf)

☐ Oberböden im Straßenraum

☐ Entfernung vom Befestigung

☐ Oberböden neben Bauland

☐ Baggergut (das Einzugsgebiet des Gewässers)

☐ Böden von Übersiedlungsgebiet

☐ Oberböden (bis 30 cm oberhalb der Geländeoberfläche)

☐ Abfälle aus Gewerbe und Industrie

☐ Flächen, auf denen Industrie- und Gewerbebetriebe

☐ Oberböden (bis 30 cm oberhalb der Geländeoberfläche)

☐ Böden mit hohem Humusgehalt

☐ keine Anhaltspunkte

6.4. Untersuchungsumfang

Sofern ein Untersuchung durchgeführt wird:

pH-Wert, Arsen, Cadmium, Kohlenwasserstoffe (PAH)

Liegen nur Anhaltspunkte Analyse auf TOC und ggT

Die Probenahme und die Bodenschutz- und Alllast anzuzeigen. Die Probenahme und die Bodenschutz- und Alllast anzuzeigen.

6.5 Angaben zur Art des Materials*

☐ Bodenmaterial aus natürlicher Lagerung

☐ Oberbodenmaterial (Mutterboden, aus dem Material tieferliegender Schichten)

☐ Nicht zuordnungsfähig (z.B. Gemisch)

☐ Auffüllungsböden mit Beimengungen (z.B. _____)

☐ Baggergut

☐ Sonstige Materialien _____

Bodenartenhauptgruppe: ☐ Sand ☐ Schluff ☐ Ton

Humusgehalt: ☐ < 1 % ☐ 1 - 2 % ☐ > 2 %

7. Angaben zum Auf- / Einbringungsort

Ort: _____ Gemarkung: _____

Straße und Hausnr.: _____

Übersichtskarte und Lageplan (Maßstab 1:5.000)

Flächengröße: _____ m²

Derzeitige Nutzung: (z.B. Ackerland, Grünland, _____)

7.1 Bodenbeschaffenheit am Auf- / Einbringungsort

Bodenzahl/Grünlandzahl der Bodenschätzung

7.2 Bodenartenhauptgruppen*

☐ Sand ☐ Lehm/Schluff ☐ Ton ☐ Schluff

7.3 Vorgesehene Folgenutzung*

☐ Landwirtschaftliche Nutzung:

☐ Ackerkulturen einschließlich Feldgemüse

☐ Dauergrünland

☐ sonstige landwirtschaftliche Dauerkulturen

☐ Baumschulflächen / Gärtnereiflächen (Ziergärten)

☐ Gärtnereische Nutzung (z.B. Kleingärten)

☐ Landschaftsbau / Rekultivierung

☐ Sonstiges: _____

7.4 Vorgesehene Mächtigkeit des Einbaus*

_____ m (Regelmächtigkeit bei Auf- und Einbringen von Materialien auf landwirtschaftlich genutzte Flächen: 0,2 m)

Ist ein mehrschichtiger Aufbau geplant? ☐ ja ☐ nein

7.5 Notwendigkeit von Untersuchungen am Auf- / Einbringungsort

→ Wenn die Schadstoffgehalte im verwendeten Bodenmaterial 70 % der Vorsorgewerte überschreiten, sind i.d.R. zusätzlich Bodenuntersuchungen am Auf- / Einbringungsort entsprechend dem unter 3.4 genannten Untersuchungsumfang durchzuführen.

Bei der Auf- und Einbringung von Materialien mit erhöhtem Nährstoffgehalt, die den Regelungen des Düngemittelrechts unterliegen, ist ergänzend eine Bodenuntersuchung am Auf- / Einbringungsort nach düngerechtlichen Vorgaben erforderlich.

8. Einverständnis der Gemeinde

Dem Antrag ist das schriftliche Einverständnis der betroffenen Gemeinde zur geplanten Maßnahme beizufügen. Wird dieses nicht beigebracht, verlängert sich die Bearbeitungszeit um ca. 5 Wochen.

Ort, Datum _____

Unterschrift des Antragstellers _____

Hinweis

Die Bearbeitung von Anträgen ist nach der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren kostenpflichtig.

Formular Abgrabung Aufschüttung UNB Kreis Rendsburg-Eckernförde

Formular Abgrabung Aufschüttung UNB Kreis Rendsburg-Eckernförde

Formular Abgrabung Aufschüttung UNB Kreis Rendsburg-Eckernförde

Formular Abgrabung Aufschüttung UNB Kreis Rendsburg-Eckernförde

Formular Abgrabung Aufschüttung UNB Kreis Rendsburg-Eckernförde

Formular Abgrabung Aufschüttung UNB Kreis Rendsburg-Eckernförde

Formular Abgrabung Aufschüttung UNB Kreis Rendsburg-Eckernförde

Formular Abgrabung Aufschüttung UNB Kreis Rendsburg-Eckernförde

2. Auf- und Einbringen von Materialien in der Vollzugspraxis



2. Auf- und Einbringen von Materialien in der Vollzugspraxis



Fotos: A. Penz

3. Bodenkundliche Baubegleitung – Erfahrungen aus der Energiewende

- Leitfaden Bodenschutz auf Linienbaustellen
- Gutachten zum Leitfaden Bodenschutz auf Linienbaustellen
- Leitfaden Bodenschutz bei Gewässerrenaturierungsmaßnahmen
- BVB-Merkblatt: Bodenkundliche Baubegleitung
- DIN 19639:2019-09 „Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben“



3. Bodenkundliche Baubegleitung – Erfahrungen

Maßnahmen:

Bauleitplanung

- Gewerbegebiete
- Wohngebiete

Energieanlagen

- Erdkabel- und Freileitungstrassen; Gasleitungen
- Windparks
- Solarparks
- Umspannwerke

Naturschutzmaßnahmen

Lärmschutzwälle



Foto: A. Jäger



3. Bodenkundliche Baubegleitung – Erfahrungen



Fotos: A. Jäger

3. Bodenkundliche Baubegleitung – Erfahrungen

Probleme:

- **Keine Info über Baubeginn**
- **Zu wenig Personalkapazität bei uBB für Kontrolle der Auflagen**
- **Akzeptanzprobleme bei Vorhabenträgern, Planung, Bauleitung, Tiefbauunternehmen, Baggerfahrern**
- **Bodenschutzmaßnahmen werden von ausführenden Firmen nicht verstanden**
- **Beim Bodenschutz wird zuerst gespart, wenn Maßnahmen teurer werden als erwartet**
- **Akzeptanz der BBB nicht überall gegeben**
- **Erhebliche Qualitätsunterschiede bei der BBB**



Fotos: A. Jäger

3. Bodenkundliche Baubegleitung – Erfahrungen

Bei größeren Maßnahmen ist häufige Präsenz und Überzeugungsarbeit erforderlich, dann läuft es irgendwann etwas besser.

In der Bauleitplanung berücksichtigen immer mehr Planer den vorsorgenden Bodenschutz. In der Ausführung werden die Auflagen kaum beachtet.

Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern ist gut, Bodenschutz wird berücksichtigt.

- Insgesamt werden die Belange des Bodenschutzes noch lange nicht ausreichend berücksichtigt. Insbesondere der Mutterbodenschutz wird nicht gelebt.
- Den Beteiligten ist zum größten Teil nicht bewusst, dass die Ressource Boden nicht unendlich ist.



Fotos: A. Jäger

3. Bodenkundliche Baubegleitung – Erfahrungen

vorher - nachher



Fotos: A. Jäger

Was leistet das BBodSchG für die Vorsorge?

- § 7 Vorsorgepflicht

⁴Anordnungen zur Vorsorge gegen schädliche Bodenveränderungen dürfen nur getroffen werden, soweit Anforderungen in einer Rechtsverordnung nach § 8 Abs. 2 festgelegt sind.

- § 8 Werte und Anforderungen

(2) ...

1. Bodenwerte, bei deren Überschreiten unter Berücksichtigung von geogenen oder großflächig siedlungsbedingten Schadstoffgehalten in der Regel davon auszugehen ist, daß die Besorgnis einer schädlichen Bodenveränderung besteht (Vorsorgewerte),

→ Das BBodSchG muss den Vollzug mit rechtsverbindlichen Anordnungsbefugnissen für den vorsorgenden Bodenschutz ausstatten!



Regelungen für die Landwirtschaft im Bodenschutzrecht

BBodSchG, BBodSchV, LBodSchG

§ 17 BBodSchG (Auszüge):

Abs. 1: Bei der landwirtschaftlichen Bodennutzung wird die Vorsorgepflicht nach § 7 durch die gute fachliche Praxis erfüllt.

Abs. 2: Zu den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis gehört insbesondere, dass

- Die Bodenbearbeitung grundsätzlich standortangepasst zu erfolgen hat
 - Die Bodenstruktur erhalten oder verbessert wird
 - Bodenverdichtungen so weit wie möglich vermieden werden
 - Bodenabträge möglichst vermieden werden
 - ...
- Die Anforderungen des BBodSchG sind sehr allgemein, wenig konkret und nicht mit Maß und Zahl hinterlegt.
 - Anordnungen zur Einhaltung der guten fachliche Praxis sind nicht möglich.
 - Damit regelt das BBodSchG die Vorsorge in der landwirtschaftliche Bodennutzung lediglich deklaratorisch und enthält de facto keine vollziehbaren Regelungen.



Bodenschutz in der Landwirtschaft



Fotos: Filipinski



Bodenschutz im landwirtschaftlichen Prämienrecht – **Cross Compliance** (künftig Konditionalität)

- Mit der GAP-Reform 2005 wurden die EU-Stützungszahlungen für die Landwirtschaft von der landwirtschaftliche Produktion entkoppelt.
- Nach dem Grundsatz „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ werden die Zahlungen seit 2005 an die Einhaltung von Anforderungen aus den Bereiche Umweltschutz, Klimawandel, Erhaltung des guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustands landwirtschaftlicher Flächen (GLÖZ), öffentliche Gesundheit sowie Tier- und Pflanzengesundheit geknüpft.
- Die Einhaltung dieser „Überkreuz-Verpflichtungen“ wird als Cross Compliance bezeichnet.
- Im Wesentlichen bildet das bestehende Fachrecht die CC-Verpflichtungen ab – Wasserrecht, Pflanzenschutzrecht, Naturschutzrecht...
- Das Bodenschutzrecht kennt aber keine fachrechtlichen Regelungen für die landwirtschaftliche Bodennutzung.
- Die fehlenden Standards sind als sog. GLÖZ-Standards im nationalen Recht in der Agrarzahlungen-Verpflichtungenverordnung (AgrarZahlVerpflV) umgesetzt.



Bodenschutz im landwirtschaftlichen Prämienrecht – **Cross Compliance**

- Die Eckpunkte für die GLÖZ-Standards gibt das EU-Recht vor. Die Mitgliedstaaten müssen diesen Rahmen mit konkreten Regelungen ausfüllen.
- Folgende GLÖZ-Standards dienen insbesondere dem Bodenschutz:
 - GLÖZ 5: Bodenerosion (§ 6 AgrarZahlVerpfIV)
 - GLÖZ 6: Erhalt der organischen Substanz (§ 7 AgrarZahlVerpfIV)

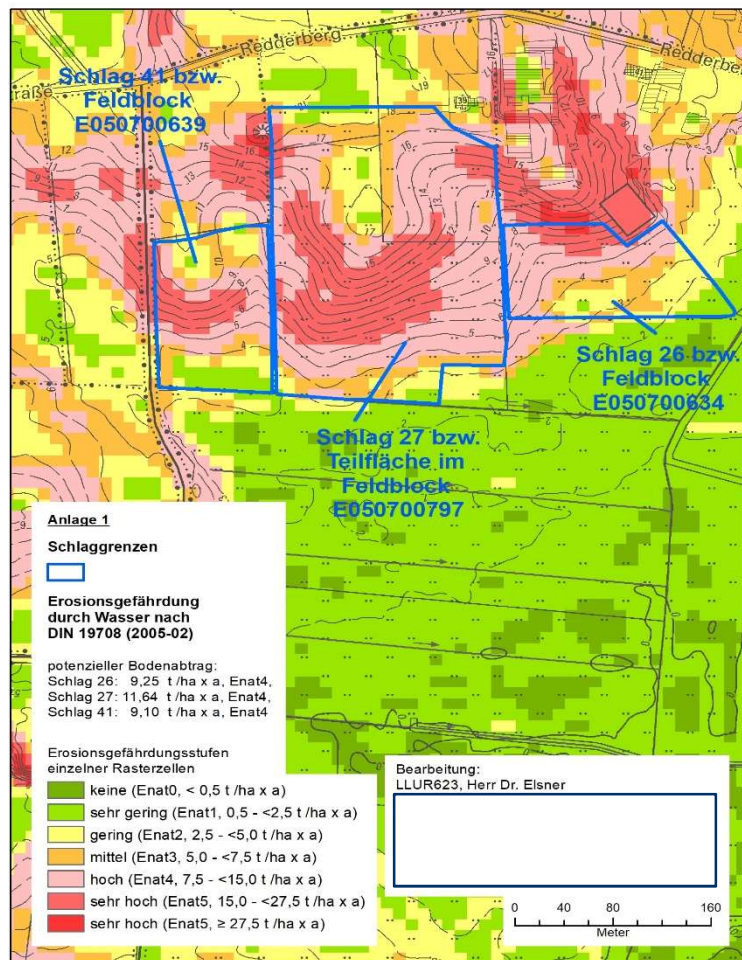


Cross Compliance – Erosion

- Je nach Erosionsgefährdung sind bestimmte Bewirtschaftungsauflagen einzuhalten (§ 6 AgrarZahlVerpflV.)
- Für Wasser- und Winderosion.
- Betrifft alle Ackerflächen mit sehr hoher Erosionsgefährdung. -> Basisschutz, alle Flächen unterhalb der Gefährdungsstufe „sehr hoch“ bleiben unberücksichtigt.
- Da die Maßnahmen flächenspezifisch anzuwenden sind, ist die Ausweisung der Erosionsgefährdung für jede einzelne Ackerfläche verpflichtend (Erosionskataster).
- Die Referenzfläche ist in SH der Feldblock. Ein Feldblock ist eine zusammenhängende, landwirtschaftlich nutzbare Fläche, die von stabilen Außengrenzen (zum Beispiel Straßen, Bebauung, Wald, Knicks oder Gräben) umgeben ist. In Feldblöcken gibt es nur eine Hauptbodennutzung, also nur Acker, DGL oder Dauerkultur (sog. HBN-Feldblock).
- Das LLUR berechnet jedes Jahr für jeden FB die Erosionsgefährdung nach einer festgesetzten Methode (> 200.000 FB).
- Bekanntgabe jeweils zum 31.03. unter www.feldblockfinder.schleswig-holstein.de



Cross Compliance – Erosion



Beispiel Detaildarstellung Wassererosion

Berechnung nach DIN 19708

Grundlage ABAG

Eingangsdaten: K- und S-Faktor
(Bodenart und Hangneigung)

künftig auch R-Faktor
(Regenerosivität)

Daten aus Bodenschätzung,
Landesaufnahme, DGM, DWD



Ausblick auf die kommende GAP ab 2023

Übersicht GLÖZ-Standards in GAP-Förderperiode ab 2023

- **GLÖZ 1: Erhalt von Dauergrünland**
 - **GLÖZ 2: Schutz von Feuchtgebieten und Mooren**
 - **GLÖZ 3: Verbot des Abbrennens von Stoppelfeldern**
 - **GLÖZ 4: Pufferstreifen entlang von Wasserläufen**
 - **GLÖZ 5: Begrenzung von Erosion**
 - **GLÖZ 6: Mindestbedeckung in sensibelsten Zeiten**
 - **GLÖZ 7: Fruchtwechsel auf Ackerland**
 - **GLÖZ 8: Stilllegung, Mindestanteil landwirtschaftlicher Nutzflächen für nicht-produktive Flächen, Erhalt von Landschaftselementen**
 - **GLÖZ 9: Erhaltung von umweltsensiblen Dauergrünland**
- **Geregelt künftig im Rahmen der Konditionalität, Umsetzung in der GAPKondV**
- **GAP-Strategieplan ist von der KOM genehmigt**



Ausblick auf die kommende GAP – **GLÖZ 2**

- **Regelung:**
 - **DGL-Umwandlungsverbot**
 - **Verbot des Eingriffes mit schweren Baumaschinen, kein Tiefpflügen, keine Auf- und Übersandung**
 - **auf kohlenstoffreichen Böden.**
- **kohlenstoffreiche Böden: Moore und Anmoore**
 - **Ausweisung der Gebietskulisse erforderlich**
 - **Der Torfschwund schreitet durch fortlaufende intensive Entwässerung weiter voran – Ausweisung innerhalb dieser Dynamik mit den Daten älteren Aufnahmedatums schwierig**
 - **aber gute Kulisse nötig für Akzeptanz in der Landwirtschaft (erhebliche Rechtsfolge) und das Verwaltungshandeln (Einsprüche gegen die Einstufung).**



Überleitung zum nächsten Thema...

Dauergrünlanderhaltungsgesetz Schleswig-Holstein (DGLG)



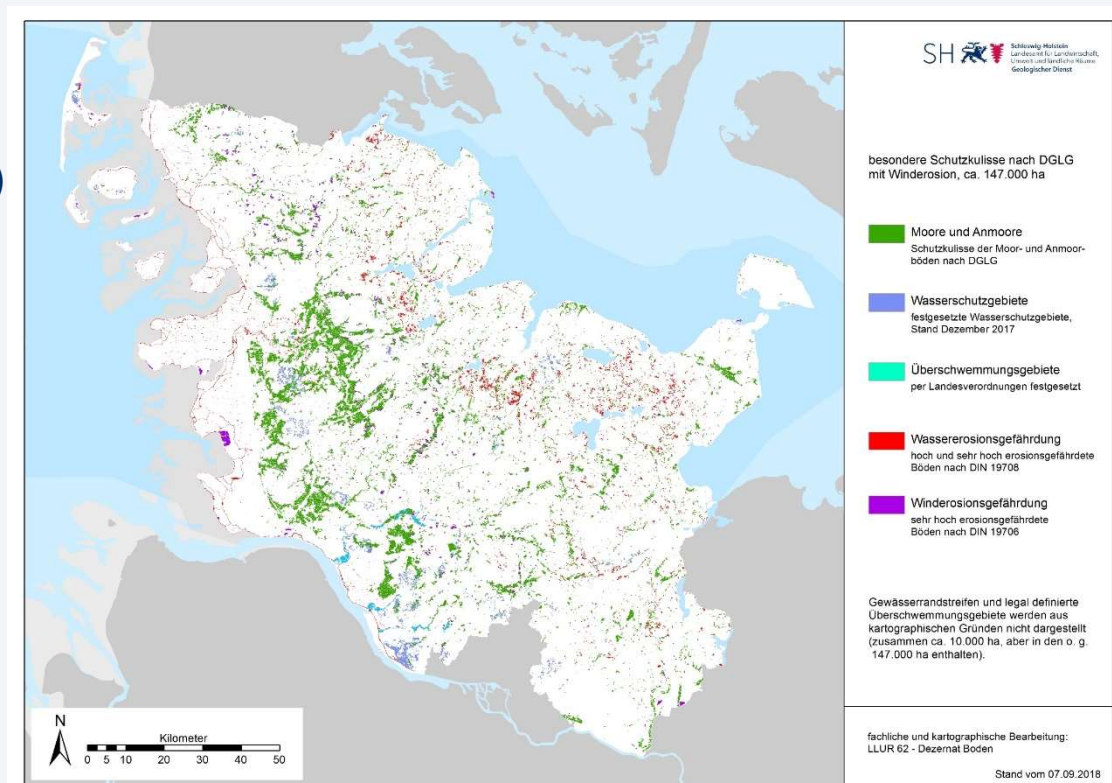
... denn eine vergleichbare Regelung gibt es in Schleswig-Holstein bereits seit 2013 -> das DGLG

- Dauergrünland hat vielfältige besonders schützenswerte Funktionen für den Boden-, Gewässer-, Natur- und Klimaschutz.
- Die Regelungen zum DGL-Erhalt sind mittlerweile sehr komplex. Der Anteil von Dauergrünland war bis zum Jahr 2013 lediglich quantitativ zu erhalten; Grundsatz: Umbruch zulässig mit Schaffung von Ersatz im gleichen Umfang.
- Um DGL-Verluste zu vermeiden und die Funktionen des DGL besser zu schützen, wurde 2013 das DGLG als Landesgesetz erlassen.
- Grundsatz ist auch hier die Genehmigungspflicht zur Umwandlung von DGL mit Schaffung von Ersatzflächen. Aber: In einer bestimmten Gebietskulisse mit besonders schützenswertem DGL ist die Umwandlung von DGL absolut verboten (bis auf Härtefälle).



Das Dauergrünlanderhaltungsgesetz Schleswig-Holstein (DGLG)

- **Gebietskulisse mit absolutem Umwandlungsverbot:**
 - **Moore und Anmoore (= GLÖZ 2)**
 - **wasser- und winderosionsgefährdete Flächen (aber größere Kulisse als bei GLÖZ 5)**
 - **Gewässerrandstreifen**
 - **Überschwemmungsgebiete**
 - **Wasserschutzgebiete**



Aktivitäten des Landes im Bereich Bodenschutz in der Landwirtschaft

- Entwicklung eines landesweiten Standardverfahrens zur Bodenzustandserfassung und -bewertung anhand von Feldmethoden sowie Erstellung von Modulen für Veranstaltungen zur Vermittlung des Problems der Verdichtung/Schädigung des Bodens durch landwirtschaftliche Nutzung und für die berufliche Ausbildung von Landwirten und Beraterfortbildungen, INGUS, 2019 bis 2021
- Praxisleitfaden Schleswig-Holstein: Maßnahmen zur Vermeidung und Behebung von Bodenschadverdichtung auf Acker- und Grünland, INGUS, 2021
- Ökonomische Betrachtung der Vermeidung von Bodenverdichtungen durch landwirtschaftliche Nutzung, Gutachten und Entwicklung von Fördermaßnahmen für die Landwirtschaft, CAU, 2021



5. Schlussfolgerungen für den Gesetzgeber

- Bodenschutz bleibt eine Querschnittsaufgabe dennoch oder gerade deswegen:
- muss das BBodSchG die Vorsorge durch
 - klare Ermächtigungen zu Vorsorgeanordnungen
 - Einvernehmensregelungen
 - Genehmigungstatbeständen stärken.

Bodenschutz braucht einen aktiven und aktuellen Gesetzgeber!



Schleswig-Holstein. Der echte Norden.



Fotos: Steinmann

Ich danke für die Unterstützung und Bereitstellung
von Informationen und Fotos:

Anette Jäger, Andrea Penz, Cathrin Hinrichsen,
Ralf-Dieter Beck, Frank Steinmann, Dr. Marek
Filipinski und Oliver Hakemann

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

